

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE bei Konferenz „Familienleben im Zeitalter der Migration und Mobilität“	2
COFACE veröffentlicht Veranstaltungsdokumentation zum Thema „Cyber-Mobbing“	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU-Kommission will Ausbreitung neuartiger Drogen stoppen	2
EZB beabsichtigt eine höhere Frauenquote im Spitzenmanagement	2
EU-Kommission setzt sich für digitale Kompetenzen in Bildungseinrichtungen ein	3
EU-Kommission startet Online-Debatte zum Binnenmarkt	3
EU-Kommissionspräsident Barroso hält Rede zur Lage der EU	3
EU-Kommission startet Initiative zur Förderung körperlicher Aktivität	3
EU-Parlament verschiebt Abstimmung über EU-Tabakrichtlinie	4
EU-Parlament mahnt Maßnahmen für Jugendarbeitslosigkeit an	4
EU-Parlament kritisiert die vom Rat vorgeschlagenen Budgetkürzungen 2014	4
EU-Parlament fordert mehr Schutz für unbegleitete minderjährige Einwanderer/innen	4
EU-Parlament fordert mehr Interesse für Entgeltgleichheit	5
Weitere Nachrichten	5
EU-Wettbewerb "Juvenes Translatores"	5
Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung für Kinder mittels des EU-Haushalts 2014-2020	5
Europawahlen attraktiver gestalten	6
FRA-Datenanalyse zeigt Situation der Roma in der EU	6
EU-Jugendkonferenz über soziale Integration von Jugendlichen	6
Handbuch „The Web We Want“ veröffentlicht	6
Projekt Families and Societies- Update	6
Berichte und Studien	7
Gesundheitsbericht: Säuglingssterblichkeit in der EU sinkt	7
Arbeitslosenzahlen in der EU auf unverändertem hohem Niveau	7
Bericht der UNESCO über Kinderarbeit	7
Bericht über gesundheitliche Ungleichheiten in der EU	8
Kommissar Andor veröffentlicht Papier zur „Sozialen Dimension Europas“	8
Mehr Arbeitsplätzen in der häuslichen Pflege in Europa	8
Auswirkungen des demografischen Wandels auf das künftige Beschäftigungswachstum	8
European Anti-Poverty Network (EAPN) und Eurochild zu Kinderarmut in der EU	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE bei Konferenz „Familienleben im Zeitalter der Migration und Mobilität“

COFACE nahm am 16. bis 20. September 2013 an der Konferenz „Familie, Mobilität und Migration“ – mit einem Fokus auf transnationale Familien und ihr Familienleben teil. Sie beteiligte sich mit einem Beitrag zum Thema „Transnationale Familien und die Auswirkungen wirtschaftlicher Migration auf Familien“.

- [Konferenz „Familienleben im Zeitalter der Migration und Mobilität“](#) 

COFACE veröffentlicht Veranstaltungsdokumentation zum Thema „Cyber-Mobbing“

Die COFACE organisierte am 28. Mai 2013 in Madrid eine europaweite Cyber-Mobbing-Konferenz mit über 80 europäischen Expert/innen. U.a. konnten hier betroffene Jugendliche über ihre Erfahrung mit Cyber-Mobbing berichten. Wichtiges Ergebnis der Konferenz war aus Sicht der Organisatorin, dass bei Cyber-Mobbing nicht nur die Technik, sondern vor allem das Verhalten der Menschen Ansatzpunkt sein sollte.

- [Dokumentation zur Cyber-Mobbing-Konferenz am 28. Mai 2013](#)  

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission will Ausbreitung neuartiger Drogen stoppen

Die EU-Kommission hat Maßnahmen genannt, mit denen die EU verstärkt gegen so genannte „Legal Highs“ vorgehen will. „Legal Highs“ sind neue psychoaktive Substanzen, die alternativ zu illegalen Drogen wie Kokain und Ecstasy verwendet werden. Laut Kommissionsvorschlag soll die Dauer der Verbotsverfahren von 2 Jahren auf 10 Monate reduziert werden und in besonders schwerwiegenden Fällen Substanzen unmittelbar für ein Jahr vom Markt verbannt werden können.

Grund für das Handeln sei die stark gestiegene Zahl psychoaktiver Substanzen in jüngster Zeit sowie die gestiegenen Möglichkeiten, sie über das Internet zu erwerben. Laut einer Eurobarometer Umfrage von 2011 haben ca. 5 Prozent der jungen Menschen derlei Substanzen mindestens einmal in ihrem Leben konsumiert.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Vorschlag für Verordnung des EU-Parlaments und des Rates über neue psychoaktive Substanzen](#) 
- [Richtlinienvorschlag des EP und des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 25. Okt. 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels bzgl. der Drogendefinition](#) 
- [Europameter Umfrage „Youth attitudes on drugs“](#)  

EZB beabsichtigt eine höhere Frauenquote im Spitzenmanagement

EZB-Direktor Jörg Asmussen hat angekündigt, die Spitzenpositionen der EZB bis 2019 zu 28 Prozent mit Frauen besetzen zu wollen. Nach dem entsprechenden Beschluss des EZB-Direktoriums soll der Frauenanteil in der gesamten EZB bis Ende des Jahrzehnts auf 35 Prozent wachsen und im oberen Management auf 28 Prozent. Zurzeit sind alle 23 Mitglieder des EZB-Rats männlich.

- [Pressemitteilung der EZB zur höheren Frauenquote](#) 

EU-Kommission setzt sich für digitale Kompetenzen in Bildungseinrichtungen ein

Die EU-Kommission will mit ihrem neuen Aktionsplan „Die Bildung öffnen“ die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen und Hochschulen verbessern. Die Initiative hat drei Schwerpunkte:

- Schaffung von Innovationschancen für Einrichtungen, Lehrkräfte und Lernende
- intensivere Nutzung frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien, wobei alle aus öffentlichen Haushalten finanzierten Lehrmittel für jeden zugänglich sein sollen
- bessere IKT-Infrastrukturen und Konnektivität in den Schulen

Neben den positiven Effekten werden im Plan auch negative erwähnt, wie z.B. die Gefahr vor einer unnötigen technischen Aufrüstung von Bildungseinrichtungen sowie der Einzug von elektronischen Medien im frühen Kindesalter zu Nebenwirkungen führen könnte.

- [Mitteilung der EU-Kommission zur Initiative „Die Bildung öffnen“](#)  
- [Arbeitsdokument der EU-Kommission](#)  

EU-Kommission startet Online-Debatte zum Binnenmarkt

Am 23. September 2013 startete die EU-Kommission eine europaweite Online-Debatte zum gemeinsamen Binnenmarkt. Zu den Themen Arbeit, soziale Rechte, Banken und E-Commerce können Bürger/innen bis zum 23. Oktober 2013 mit Entscheidungsträgern Kontakt aufnehmen und Ideen einreichen. Die Initiative findet im Rahmen vom europäischen Binnenmonat statt, die allen Bürger/innen die Gelegenheit bietet, direkt in die europäische Debatte einzugreifen. Das erste Thema dieser Aktion war Arbeiten im Binnenmarkt, ab dem 30. September 2013 folgt das Thema „Soziale Rechte in Europa auch in Zukunft bewahren“.

- [Online-Debatte zum Binnenmarkt](#)

EU-Kommissionspräsident Barroso hält Rede zur Lage der EU

Der EU-Kommissionspräsident José Barroso berichtete über die derzeitige Lage der Europäischen Union. Er nutzte die Gelegenheit, um unter anderem über die Prioritäten bis zur Wahl des EU-Parlaments zu sprechen. Ganz oben steht dabei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen, sowie die Kreditklemme, mit der viele Unternehmen noch immer zu kämpfen haben. Er forderte die Abgeordneten und die Bürger/innen Europas auf, gemeinsam eine europäische Debatte über die Zukunft des Kontinents zu führen und Europa „spürbar voranzubringen“. Vor allem sei ihm wichtig, dass sich die Bürger nicht von der europäischen Integration abwenden sollen.

In einer anschließenden Online-Debatte stellte die COFACE Direktorin Agnes Uherezky dem Kommissionspräsidenten die Frage: „Was kann Europa tun, um die Lebensqualität der Familien zu verbessern und ob ein Europäisches Jahr für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Gelegenheit bieten könnte, gemeinsam daran zu arbeiten?“ Barroso vermied in seiner Antwort eine klare Aussage dazu, sodass es weiterhin keine feste Aussage zu einem Europäischen Jahr 2014 gibt.

- [Vollständige Rede zur Lage der EU von EU-Kommissionspräsident Barroso](#)

EU-Kommission startet Initiative zur Förderung körperlicher Aktivität

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur gesundheitsfördernden körperlichen Aktivität vorgelegt. Der Rat hatte sie hierzu aufgefordert, da sich weniger als 40 % der Unionsbürger/innen regelmäßig aktiv bewegen würden, die Belastung der Gesundheitssysteme entsprechend

hoch sei und trotz vermehrter Bemühungen in den letzten Jahren keine Umkehr im Trend zur körperlichen Inaktivität erreicht werden konnte.

Nach dem Vorschlag für eine Empfehlung des Rates sollen die Mitgliedstaaten eine nationale Strategie, einen Aktionsplan und Instrumente für sektorübergreifende Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität entwickeln. Die EU-Kommission wird die Mitgliedstaaten bei diesen Aktivitäten unterstützen und alle drei Jahre einen Fortschrittsbericht vorlegen. Der Vorschlag muss noch vom Rat angenommen werden.

- [Vorschlag der EU-Kommission für eine Empfehlung des Rates zur gesundheitsfördernden körperlichen Aktivität in der EU](#) 

EU-Parlament verschiebt Abstimmung über EU-Tabakrichtlinie

Die Entscheidung über die EU-Tabakrichtlinie wurde vom EU-Parlament auf Anfang Oktober verlegt. Mit der Verzögerung wird es eher unwahrscheinlich, dass die Richtlinie noch vor Januar 2014 in Kraft treten kann, da nicht anzunehmen ist, dass es zu einer schnellen Einigung kommen wird.

Grund für die Verschiebung sind Unstimmigkeiten der Tabakindustrie und der Verbraucherschützer. Die Tabakbranche lehnt eine Verschärfung der Richtlinie ab, Verbraucherschützer begrüßen sie. Umstritten ist insbesondere die Größe von Warnhinweisen und sogenannten „Schockbildern“ auf Zigarettenschachteln.

EU-Parlament mahnt Maßnahmen für Jugendarbeitslosigkeit an

Das EU-Parlament fordert in verabschiedeten Entschlüssen weitere Maßnahmen, um jungen Menschen den Arbeitseinstieg und den Zugang zu Praktika zu erleichtern sowie Qualitätsstandards für Praktika und Lehrstellen sicherzustellen. Der Rat der EU und die Mitgliedstaaten sollen weitere Anstrengungen unternehmen, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Die Abgeordneten erinnern außerdem an die Ziele der EU-Jugendstrategie 2010-2012. Konkret wurden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und bei der Vergütung von Praktikant/innen gefordert sowie die Erweiterung der Jobgarantie auf junge Hochschulabsolventen unter 30 Jahren.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Jugendarbeitslosigkeit](#) 
- [Bericht über die Durchführung der EU-Jugendstrategie 2010-2012](#) 
- [Bericht über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Mögliche Auswege](#) 

EU-Parlament kritisiert die vom Rat vorgeschlagenen Budgetkürzungen 2014

Das EU-Parlament kritisierte am 10. September 2013 nach einer Präsentation der litauischen Ratspräsidentschaft die vom Rat vorgeschlagenen Budgetkürzungen für das Jahr 2014. Kürzungen sollen in Bereichen wie Jugendbeschäftigung und wachstumsfördernde Programme für Forschung und Bildung vorgenommen werden. Auch der Kommissar für Haushalt und Finanzplanung, Janusz Lewandowski, zeigte sich in einer Rede besorgt über die Vorschläge des Rates.

- [Janusz Lewandowskis Rede zum Standpunkt des Rates zur Budgetkürzung 2014](#) 

EU-Parlament fordert mehr Schutz für unbegleitete minderjährige Einwanderer/innen

Das EU-Parlament macht im Rahmen einer Entschlüsselung auf die Situation der unbegleiteten minderjährigen Einwanderer/innen in Europa aufmerksam. Dabei handelt es sich um minderjährige Flüchtlinge oder

Asylbewerber/innen, die ohne ein Elternteil oder einen Erziehungsberechtigten aus Drittstaaten in die EU einwandern. Das EU-Parlament macht deutlich, dass der Schutz der Kinder über der alltäglichen Einwanderungspolitik der Mitgliedstaaten stehen müsse. Außerdem solle der Bekämpfung des internationalen Menschenhandels eine erhebliche Priorität eingeräumt werden, da vor allem der Schutz junger Mädchen zu einem engagierten Handeln verpflichtet. Es sei gerade diese Gruppe von minderjährigen Einwanderer/innen, die besonders unter sexueller Ausbeutung und Missbrauch leiden.

Vor diesem Hintergrund halten die Abgeordneten die Finanzierung des Kinderschutzes im Vergleich zu anderen humanitären Bereichen für deutlich unzureichend. Sie fordern die EU-Kommission auf, strategische Leitlinien zu entwickeln, die die Situation der Minderjährigen in den Bereichen der juristischen und psychologischen Betreuung und der Gesundheitsversorgung verbessert.

- [Bericht des EU-Parlaments zur Lage unbegleiteter minderjähriger Einwanderer/innen](#) 

EU-Parlament fordert mehr Interesse für Entgeltgleichheit

Das EU-Parlament hat eine Entschließung zur Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gefasst. Das EP ist der Meinung, dass die bereits bestehende Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen ungenügend sei. Die EU-Kommission soll den vollständigen Abbau des Lohngefälles durch die Mitgliedstaaten energischer unterstützen. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle solle jährlich um mindestens fünf Prozentpunkte verringert werden und bis zum Jahr 2020 vollständig abgebaut sein.

- [Entschließung des EU-Parlaments zur Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit](#) 

Weitere Nachrichten

EU-Wettbewerb "Juvenes Translatores"

Europa sucht in diesem Jahr die besten Nachwuchsübersetzer und startet dazu den EU-Wettbewerb "Juvenes Translatores" am 28. November 2013. Mitmachen dürfen alle Schüler und Schülerinnen des Geburtsjahrgangs 1996. Thema des Wettbewerbstextes sind anlässlich des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 die Vorteile, die die Unionsbürgerschaft den Bürgern bietet. Die Frist läuft bis zum 20. Oktober 2013.

- [Informationen zu den Teilnahmebedingungen und das Anmeldeformular](#)

Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung für Kinder mittels des EU-Haushalts 2014-2020

Mehrere Europäische Organisationen, wie z.B. Eurochild, haben gemeinsam in einem Schreiben an die EU-Entscheidungsträger/innen gefordert, durch den EU-Haushalt 2014-2020 stärker in Kinder zu investieren. In der gemeinsamen Erklärung vom 06. September fordern die Organisationen das EU-Parlament und den EU-Rat auf, Förderprogramme in den EU-Haushalt aufzunehmen, die die finanziellen Förderungen in die Kinder unter allen Rubriken verbessern lässt.

- [Erklärung an das EU-Parlament und den EU-Rat „Invest in Children through the EU Budget 2014-2020“](#)  

Europawahlen attraktiver gestalten

Angesichts der am 25. Mai 2014 anstehenden Wahl zum EU-Parlament wollen verschiedene Institutionen der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenwirken. Sie wollen das Interesse von Bürger/innen und vor allem von Jugendlichen an europapolitischen Themen wecken und ihnen eine Form der Beteiligung an aktuellen Diskussionen eröffnen.

- [Information zur Kampagne der Europawahlen 2014](#)

FRA-Datenanalyse zeigt Situation der Roma in der EU

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) stellte bei der Anhörung zum „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ die Datenanalyse zur Situation der Roma vor. Die Daten betreffen vier Kernbereiche des EU-Rahmens (Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum) sowie weitere Themen wie Diskriminierung, Wissen um die eigenen Rechte und frühe Heirat.

Die FRA führte ihre Roma-Umfrage in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Weltbank durch.

- [EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020](#) 
- [Die Situation der Roma in 11 EU-Mitgliedstaaten – Umfrageergebnisse auf einen Blick](#) 

EU-Jugendkonferenz über soziale Integration von Jugendlichen

Die EU-Jugendkonferenz schloss am 12. September 2013 mit der Verabschiedung der 21 gemeinsamen Schlussfolgerungen ab. Über 250 Jugendvertreter/innen aus der gesamten EU sowie die für Jugendangelegenheiten zuständigen Generaldirektoren haben konkrete Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Integration von jungen Menschen gemacht. Besonderes Augenmerk galt den jungen Menschen, die keine Arbeit haben, keine Ausbildung anstreben und an keinen Schulungen teilnehmen können.

Die verabschiedeten Schlussfolgerungen sind Vorschläge, die das Bildungssystem an die Bedürfnisse der Jugend und des Arbeitsmarktes besser anpassen sollen. Außerdem könnten Jugendliche effektiver informiert und der Übergang von der Bildung zur Arbeit erleichtert werden. Der Arbeitsmarkt sollte an junge Menschen besser angepasst werden. Weiterhin sollten die Jugendorganisationen besser unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Sektoren ausgebaut werden.

- [Schlussfolgerungen der EU-Jugendkonferenz zur sozialen Integration von Jugendlichen](#)  

Handbuch „The Web We Want“ veröffentlicht

Das „TheWeb We Want“ ist ein Bildungshandbuch für Kinder im Alter von 13-16 Jahren, das mit Jugendlichen entwickelt wurde. Es soll den jungen Menschen helfen, sich sicher im Internet zu bewegen.

- [Handbuch „The Web We Want“](#)  

Projekt Families and Societies- Update

In Europa sind Familienstrukturen und Lebensverläufe immer komplexer. Das Families and Societies Projekt wurde entwickelt, um vergleichende, interdisziplinäre, eingehende und wissenschaftlich fundierte Kenntnisse über diese familiären Veränderungen zu erzeugen. Außerdem bringt das Projekt die aktuellsten

Familienprobleme zusammen und veröffentlicht diese. In diesen Monat wurden zwei neue Artikel zu dem Thema auf der Website veröffentlicht.

- [Families and Societies Projekt- Artikel](#) 

Berichte und Studien

Gesundheitsbericht: Säuglingssterblichkeit in der EU sinkt

Ein Bericht der EU-Kommission vom 09. September 2013 zeigt, dass die Säuglingssterblichkeit in der EU insgesamt sinkt und die großen Unterschiede bei Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten abnehmen.

Der Unterschied zwischen den Mitgliedstaaten mit der höchsten und der niedrigsten Kindersterblichkeit sank von 15,2 auf 7,3 pro tausend Lebendgeburten und die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit von 5,7 auf 3,9 pro tausend Lebendgeburten.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 09. September 2013](#)
- [Bericht und zusätzliche Informationen über die EU-Maßnahmen zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten](#)

Arbeitslosenzahlen in der EU auf unverändertem hohem Niveau

In den vom statistischen Amt der EU veröffentlichten Erhebungen waren in den 28 EU-Staaten insgesamt 26.654 Millionen Personen arbeitslos, davon 19.231 Millionen im Euroraum. Dies ist ein Rückgang von insgesamt 33.000 in der EU28 und von 15.000 im Euroraum gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU28 um 995.000 und im Euroraum um etwas mehr als eine Million zu.

EU-Kommissar László Andor, zuständig für Beschäftigung und Soziales, forderte die Mitgliedstaaten auf, mehr Anstrengungen und Maßnahmen zu unternehmen. Für ihn sei es „beunruhigend“, dass über 26,6 Millionen Arbeitssuchende in der EU ohne Job sind, davon 5,5 Millionen unter 25 Jahre.

- [Forderung von László Andor an die Mitgliedstaaten vom 30. August 2013](#) 
- [Die aktuellen Arbeitslosenzahlen von Eurostat](#)

Bericht der UNESCO über Kinderarbeit

Ein Bericht der UNESCO zeigt, dass weltweit 215 Millionen Kinder arbeiten, mindestens 115 Millionen von ihnen in einer nicht menschenwürdigen und ausbeuterischen Form der Kinderarbeit. Ein Hauptproblem sei, dass Kinderarbeit fehlende Bildung und Schulabschlüsse zur Folge habe. Dies widerspräche dem Artikel 28 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention), nach der Kinder ein Recht auf Bildung haben.

UNESCO und das Europäische Jugendforum fordern aus diesem Grund die nationalen Regierungen auf, mehr Maßnahmen gegen Kinderarbeit einzuführen.

- [Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes](#)  

Bericht über gesundheitliche Ungleichheiten in der EU

Die EU-Kommission kommt in ihrem aktuellen Bericht über die gesundheitlichen Ungleichheiten zu dem Ergebnis, dass sich die Schere zwischen der höchsten und niedrigsten Lebenserwartung in der EU um 17 Prozent bei den Männern und bei den Frauen um 4 Prozent verringert hat. Solche Ungleichheiten beim Gesundheitszustand seien auf verschiedene Faktoren wie Einkommen, Arbeitslosenquote und Bildungsstand zurückzuführen. Insgesamt verfolgt die EU-Kommission im Rahmen der laufenden gemeinsamen Aktion das Ziel, den Beitrag der EU-Politik zu Beseitigung gesundheitlichen Ungleichheiten zu verbessern.

- [Bericht der EU-Kommission über gesundheitliche Ungleichheiten in der EU](#)  

Kommissar Andor veröffentlicht Papier zur „Sozialen Dimension Europas“

In dem an das „European Policy Centre“ gerichtete persönliche Schreiben „Das Entwickeln der sozialen Dimension einer tiefen und authentischen Wirtschafts- und Währungsunion“ argumentiert Kommissar Andor, dass soziale Ausgaben und Investition nicht nur eine Erweiterung oder eine symbolische Geste an der Spitze der wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen seien. Sie müssten stattdessen tief „in der DNA“ der Europäischen Union verankert werden, da die sozialen Maßnahmen die Lösungsmöglichkeiten für viele Probleme sind, bei denen Fiskal- oder Geldpolitik keine Lösung zeigen.

- [„Developing the social dimension of a deep and genuine Economic and Monetary Union“](#)  

Mehr Arbeitsplätzen in der häuslichen Pflege in Europa

Eurofound veröffentlichte in einem Bericht, wie erfolgreiche Maßnahmen zur Personaleinstellung und Personalbindung bei häuslichen Pflege- und Unterstützungsdiensten zum Beschäftigungswachstum beitragen können. Da die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der häuslichen Pflege steige, bestünde ein permanenter Mangel an Arbeitskräften im Bereich der Gesundheits- und Sozialdienste. Analysiert wurden erfolgreiche Initiativen, die entweder auf die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in diesem Sektor oder auf die Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze abzielten und das gemeinsame Ziel verfolgten, diesen Bereich für Neueinsteiger attraktiver zu machen und vorhandene Arbeitskräfte im Beruf zu halten.

- [Eurofound Bericht: Mehr und bessere Arbeitsplätze in der häuslichen Pflege](#) 

Auswirkungen des demografischen Wandels auf das künftige Beschäftigungswachstum

Die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration veröffentlichte ein Arbeitspapier, das die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das künftige Beschäftigungswachstum analysiert. Das Ergebnis zeigt, dass durch das starke Sinken der Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter die Zahl der Beschäftigten in der EU insgesamt spätestens in den kommenden 10 bis 20 Jahren zu schrumpfen beginnt. Wenn die Wirtschaft in der EU künftig auf einem wohlfahrtserhaltenden Niveau wachsen soll, dann müsse die Produktivität in den kommenden Jahrzehnten erheblich schneller wachsen als bisher.

- [Arbeitspapier der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration zum demografischen Wandel](#)

European Anti-Poverty Network (EAPN) und Eurochild zu Kinderarmut in der EU

Das European Anti-Poverty Network (EAPN) und Eurochild haben einen Bericht veröffentlicht, in dem Kinderarmut, ihre Ursachen, der Umfang des Phänomens, Stereotypen sowie Lösungsvorschläge vorgestellt

werden. Der Bericht schließt mit einer Analyse mit einigen Handlungsempfehlungen an die EU, nationale, regionale und lokale Regierungen ab.

- [Bericht zur Erläuterung zu Kinderarmut in der EU](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- Public Policy Exchange: [„A European Strategy for Gender Equality: Tackling Discrimination in the Workplace and Beyond“](#) (09. Oktober 2013, Brüssel)
- Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland: [„Das soziale Europa stärken!“](#) (14. Oktober 2013, Berlin)
- European Network for Intergenerational Learning (ENIL): [Intergenerational Learning Cities](#) (16. bis 18. Oktober, Cunca (Spanien))
- COFACE: Arbeitsgruppe „Integrative Maßnahmen für Behinderte, pflegebedürftige Personen und ihre Familien“ (18. Oktober 2013, Brüssel)
- Alliance for Childhood u.a., Konferenz: [„Unfolding – Creating a culture that allows each and every child to unfold their unique potential and to engage in society“](#) (23. bis 26. Oktober 2013, Brüssel)
- UNESCO: Jugend und soziale Eingliederung: [Bürgerschaftliches Engagement, Dialog und Kompetenzentwicklung](#) (29. bis 31. Oktober 2013, Paris)
- OECD: [Food waste along the supply chain – OECD food chain analysis network](#) (30. - 31. Okt., Paris)
- Eurochild: [Aufbau eines integrativen Europa - der Beitrag der Beteiligung von Kindern](#) (13. bis 15. November 2013, Mailand)
- European Public Health Conference: [„Health in Europe – Are we there yet? Learning from the past, building the future“](#) (13. bis 16. November, Brüssel)
- BEW Verwaltungsgesellschaft mbH: [Wachstum und Beschäftigung sichern für Europa – Herausforderung, Motivation und Verpflichtung für Führungskräfte](#) (14. - 15. Nov. 2013, Brüssel)
- Erzbistum Köln e.V.: [Europäische Woche der Begegnung für Menschen mit und ohne Behinderung 2013](#) (27. Oktober bis 02. November 2013, Bergisch Gladbach)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Jan. 2014, Straßburg)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).